

Sur proposition du Ministre de l'Enseignement obligatoire compétent pour les bâtiments scolaires;
Après délibération du Gouvernement de la Communauté française du 21 mars 2008,

Arrête :

Article 1^{er}. Les budgets 2008 des six sociétés publiques d'administration des bâtiments scolaires sont approuvés.

Art. 2. Le Ministre de l'Enseignement obligatoire est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Bruxelles, le 21 mars 2008.

Par le Gouvernement de la Communauté française :

Le Ministre de l'Enseignement obligatoire,
Ch. DUPONT

—————
VERTALING

MINISTERIE VAN DE FRANSE GEMEENSCHAP

N. 2008 — 1612

[C – 2008/29247]

21 MAART 2008. — Besluit van de Regering van de Franse Gemeenschap houdende goedkeuring van de begrotingen 2008 van zes publiekrechtelijke maatschappijen belast met het bestuur van de schoolgebouwen

De Regering van de Franse Gemeenschap,

Gelet op het decreet van 5 juli 1993 houdende oprichting van zes publiekrechtelijke maatschappijen belast met het bestuur van de schoolgebouwen van het door de overheid ingerichte onderwijs, inzonderheid op artikel 10;

Gelet op de begrotingen 2008 van de publiekrechtelijke maatschappijen belast met het bestuur van de schoolgebouwen;

Op de voordracht van de Minister van Leerplichtonderwijs bevoegd voor de schoolgebouwen;

Na beraadslaging van de Regering van de Franse Gemeenschap van 21 maart 2008,

Besluit :

Artikel 1. De begrotingen 2008 van de zes publiekrechtelijke maatschappijen belast met het bestuur van de schoolgebouwen, worden goedgekeurd.

Art. 2. De Minister van Leerplichtonderwijs wordt belast met de uitvoering van dit besluit.

Brussel, 21 maart 2008.

Vanwege de Regering van de Franse Gemeenschap :

De Minister van Leerplichtonderwijs,
Ch. DUPONT

—————
**DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP**

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2008 — 1613

[C – 2008/33039]

13. FEBRUAR 2008 — Erlass der Regierung über die Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer in Unternehmen

Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Dekretes vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft, insbesondere Artikel 2, § 1, Nr.3, Artikel 2, § 2, und Artikel 2, § 5, eingefügt durch das Programmdekret vom 25. Juni 2007;

Aufgrund des Erlasses der Wallonischen Regierung vom 3. Juni 1993 bezüglich der Ausbildungsbeihilfen bei Gründung, Erweiterung und Umstellung von Unternehmen;

Aufgrund des Gutachtens der Finanzinspektion vom 7. November 2007;

Aufgrund des Einverständnisses des Haushaltsministers vom 7. November 2007;

Aufgrund des Gutachtens des Wirtschafts- und Sozialrates vom 25. September 2007;

Aufgrund des Gutachtens des Staatsrates Nr. 43.930/2 vom 8. Januar 2008 in Anwendung von Artikel 84, § 1, Abschnitt 1, 1^o, der koordinierten Gesetze über den Staatsrat;

In Erwägung der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen;

Auf Vorschlag des Vize-Ministerpräsidenten, Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus, Nach Beratung,

Beschließt:

KAPITEL I — *Definitionen*

Artikel 1 - Für die Anwendung des vorliegenden Erlasses versteht man unter:

1. Dekret: Das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
2. Regierung: Die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft;
3. Minister: Der Minister für Beschäftigung;

4. Verwaltung: Die für Beschäftigung zuständige Fachabteilung des Ministeriums;
5. Arbeitsamt: Das Arbeitsamt der Deutschsprachigen Gemeinschaft, so wie es durch das Dekret vom 17. Januar 2000 zur Schaffung eines Arbeitsamtes der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wurde;
6. Wirtschafts- und Sozialrat: Der Wirtschafts- und Sozialrat der Deutschsprachigen Gemeinschaft, so wie er durch das Dekret vom 26. Juni 2000 zur Schaffung eines Wirtschafts- und Sozialrates der Deutschsprachigen Gemeinschaft geschaffen wurde;
7. Unternehmen: jede natürliche oder juristische Person, die unabhängig von ihrer Rechtsform eine wirtschaftliche Tätigkeit ausübt;
8. kleine und mittlere Unternehmen (KMU): die kleinen und mittleren Unternehmen definiert gemäß Artikel 1 und folgenden des Anhangs I der EG-Verordnung 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Ausbildungsbeihilfen an kleine und mittlere Unternehmen;
9. Großunternehmen: Unternehmen, auf die die Definition im Anhang I der EG-Verordnung 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Ausbildungsbeihilfen an kleine und mittlere Unternehmen, nicht zutrifft.
10. Arbeitnehmer: die im Rahmen von Arbeitsverträgen beschäftigten Arbeitnehmer aller Betriebsstandorte der Unternehmen, der globale Personalbestand des Unternehmens zum letzten Jahresabschluss gemäß Artikel 4bis 6 des Anhangs I der EG-Verordnung 70/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 über die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf staatliche Ausbildungsbeihilfen an kleine und mittlere Unternehmen;
11. Betriebssitz: der Ort, an dem Arbeitnehmer ständig zur Verfügung stehen und an dem wiederkehrende Tätigkeiten im Rahmen des Gesellschaftszwecks und des Tätigkeitssektors durchgeführt werden.

KAPITEL II — Ausbildungsmaßnahmen für Arbeitnehmer im Unternehmen

Art. 2 - Folgende Ausbildungsmaßnahmen, die die Bedingungen des Artikels 2, Buchstabe *d*) und *e*), der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 erfüllen, fallen in den Anwendungsbereich des vorliegenden Erlasses:

- allgemeine Ausbildungsmaßnahmen, die vom Inhalt her nicht ausschließlich oder hauptsächlich an dem gegenwärtigen oder zukünftigen Arbeitsplatz des Arbeitnehmers in dem begünstigten Unternehmen verwendbar sind, sondern mittels derer auf andere Unternehmen und Arbeitsfelder übertragbare Qualifikationen erworben werden, durch die sich die Vermittelbarkeit des Arbeitnehmers deutlich verbessert;
- spezifische Ausbildungsmaßnahmen, die vom Inhalt her in erster Linie unmittelbar an dem gegenwärtigen oder zukünftigen Arbeitsplatz des Arbeitnehmers in dem begünstigten Unternehmen verwendbar sind und mit denen Qualifikationen vermittelt werden, die nicht oder nur in begrenztem Umfang auf andere Unternehmen oder Arbeitsbereiche übertragbar sind.

Die Ausbildungen bezüglich der Einführung von Managementsystemen werden nur einmal pro Unternehmen in Betracht gezogen. Eventuelle Anpassungen und Entwicklungen des jeweiligen Systems werden nicht in Betracht gezogen.

KAPITEL III — Ausbildungsbeihilfen für Arbeitnehmer im Unternehmen

Abschnitt 1 — Zulassungsbedingungen

Art. 3 - Das Arbeitsamt kann, unter Einhaltung des vorliegenden Erlasses und im Rahmen der jährlich festgelegten spezifischen Haushaltsmittel im Haushalt des Arbeitsamtes, unter Berücksichtigung der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 in Bezug auf die Anwendung der Artikel 87 und 88 EG-Vertrag auf Ausbildungsbeihilfen, einem Unternehmen eine Ausbildungsbeihilfe gewähren, um einen Teil der Ausbildungskosten der vom Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer abzudecken.

Art. 4 - § 1 - Es werden nur Ausbildungsbeihilfen zu Gunsten von Unternehmen gewährt, deren Betriebssitz sich auf dem Gebiet der Deutschsprachigen Gemeinschaft befindet. Vereinigungen ohne Gewinnerzielungsabsicht, Stiftungen und von der öffentlichen Hand getragene Institutionen sind von den Ausbildungsbeihilfen ausgenommen.

§ 2 - Der Minister kann die Unternehmen aus bestimmten Sektoren oder aus bestimmten Wirtschaftszweigen vom Genuss der Ausbildungsbeihilfen ausschließen. In diesem Fall muss sich diese Entscheidung auf die jährliche Beurteilung stützen so, wie sie in Artikel 19, Absatz 2, festgelegt ist.

Art. 5 - Diese Ausbildungsbeihilfe besteht in der Gewährung eines Pauschalbetrages je Ausbildungsstunde, an der ein Arbeitnehmer teilnimmt.

Art. 6 - § 1 - Unter Einhaltung der in Artikel 3 festgelegten Bedingungen, kann das Arbeitsamt einem Unternehmen Ausbildungsbeihilfen gewähren in Höhe von:

1. neun Euro pro Ausbildungsstunde pro Arbeitnehmer, wenn es sich um ein kleines und mittleres Unternehmen (KMU) handelt;
2. sechs Euro pro Ausbildungsstunde pro Arbeitnehmer, wenn es sich um ein Großunternehmen handelt.

§ 2 - Die im § 1 aufgeführte Ausbildungsbeihilfe kann auf zehn bzw. sieben Euro erhöht werden, wenn sich der Betriebssitz des Unternehmens, in dem die ausgebildeten Arbeitnehmer beschäftigt sind, in einem, gemäß Artikel 87, Nr.3, Buchstabe *a*) und *c*) EG-Vertrag, definierten Gebiet befindet.

§ 3 - Die Ausbildungsbeihilfe ist, ab dem Tag der Entscheidung des Arbeitsamtes, begrenzt auf:

1. 15 000 Euro pro kleines und mittleres Unternehmen (KMU) pro Jahr;
2. 20 000 Euro pro Großunternehmen pro Jahr.

§ 4 - Die Ausbildungsbeihilfe ist begrenzt auf eine Ausbildungsdauer von durchschnittlich einhundertfünfzig Stunden pro ausgebildeten Arbeitnehmer und pro gemäß Artikel 10 abgeschlossener Konvention.

Art. 7 - § 1 - Die Ausbildungsbeihilfe soll einen Teil der Kosten der Ausbildungsmaßnahmen, gemäß Artikel 2, für Arbeitnehmer, die mit dem Unternehmen einen unbefristeten Arbeitsvertrag am Ende der Maßnahme abgeschlossen haben, abdecken.

Die zulässigen Kosten, die durch die Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen abgedeckt werden können, sind in Artikel 4, Nr.7, der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 definiert.

§ 2 - Die Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen kann mit einer anderen öffentlichen und sektoriellen Ausbildungsbeihilfe, die sich auf dieselbe Ausbildung bezieht, kumuliert werden, insofern die Gesamtsumme der gewährten Ausbildungsbeihilfen die effektiven Lohnkosten pro Stunde nicht überschreitet. Die finanziellen Unterstützungen und Beihilfen die im Rahmen gesetzlicher oder verordnungsrechtlicher Bestimmungen der Deutschsprachigen Gemeinschaft erteilt werden, sind nicht kumulierbar mit der Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen.

§ 3 - Die Anträge auf Bezuschussung allgemeiner Weiterbildungen können nur gefördert werden, wenn sie mindestens 6 auszubildende Personen betreffen.

§ 4 - Gesetzlich vorgeschriebene Ausbildungen sind von der Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen, gemäß Artikel 6, ausgeschlossen.

Art. 8 - Die Arbeitnehmer, gemäß Artikel 7, § 1, müssen ihren Hauptwohnsitz in einem Land der EU haben und nicht mehr der Schulpflicht unterliegen.

Art. 9 - Die Ausbildungsmaßnahme, gemäß Artikel 7, § 1, kann entweder durch einen externen Ausbilder erteilt werden oder durch das Unternehmen selbst. In beiden Fällen ist das Vorhandensein eines Ausbildungsplans erforderlich. Das Modell des vorgenannten Ausbildungsplans wird vom Arbeitsamt festgelegt.

Der Ausbildungsplan erfordert das Gutachten:

1. des Betriebsrates;
2. oder des Ausschusses für Vorbeugung und Sicherheit am Arbeitsplatz, in Ermangelung von Nr.1;
3. oder der repräsentativen Arbeitnehmervertretung, in Ermangelung von Nr.1. und 2.

Sollte keines der vorgenannten Organe im Unternehmen existieren, kann das Arbeitsamt unmittelbar über den Antrag entscheiden. Eine Genehmigung des Antrags ist in diesem Fall jedoch nur möglich, wenn die Nichtexistenz eines der vorgenannten Organe nicht auf einen Verstoß gegen die gesetzlichen und verordnungsrechtlichen Verpflichtungen des Arbeitgebers bezüglich der Arbeitnehmervertretung im Unternehmen zurückzuführen ist.

Art. 10 - § 1 - Die Ausbildungsbeihilfe zu Ausbildungsmaßnahmen wird gewährt auf Basis einer Konvention zwischen dem Arbeitsamt und dem Unternehmen.

Das Muster der Konvention wird vom Minister, auf Vorschlag des Arbeitsamtes, gutgeheißen.

§ 2 - Die Konvention definiert die Periode, innerhalb derer die Arbeitnehmer ausgebildet werden. Die Dauer der Ausbildungsperiode beträgt maximal 18 Monate. Sie beginnt frühestens am Versandtag des Grundantrags.

Abschnitt 2 — Verpflichtungen des Unternehmens

Art. 11 - Das begünstigte Unternehmen verpflichtet sich:

1. zur Führung eines Ausbildungsregisters, in dem die Anwesenheiten der zu schulenden Arbeitnehmer sowie die Dauer der jeweiligen Ausbildungen vermerkt werden.

Das Arbeitsamt kann die Teilnehmer nach Beendigung der Maßnahme zur Durchführung der Maßnahme befragen. Anhand eines vom Arbeitsamt vorgeschlagenen Modells bescheinigt das Unternehmen dem Arbeitsamt die Teilnahme an der Weiterbildungsmaßnahme laut den in der Konvention festgehaltenen Modulen;

2. dem Arbeitsamt, zwecks Gegenzeichnung, die individuellen Teilnahmebescheinigungen der geschulten Arbeitnehmer vorzulegen, die gemäß der zwischen Arbeitsamt und dem Unternehmen abgeschlossenen Konvention ausgebildet wurden;

3. sich Zwischenkontrollen des Arbeitsamtes zu unterwerfen, zwecks Prüfung der Durchführung der Ausbildungen und der Ausbildungsaufgaben;

4. im Hinblick auf die Endkontrolle, das Arbeitsamt rechtzeitig zu informieren, wenn alle Ausbildungen, die Gegenstand einer Ausbildungsmaßnahme sind, beendet sind.

Art. 12 - § 1 - Das begünstigte Unternehmen verpflichtet sich, während der Laufzeit der Konvention, zur Beibehaltung von mindestens 80 % seines globalen Personalbestandes auf dem deutschen Sprachgebiet.

§ 2 - Unter globalem Personalbestand versteht man, die Anzahl der Arbeitnehmer ausgedrückt in Vollzeitäquivalenten, die beim Landesamt für Soziale Sicherheit eingetragen sind.

Die Anzahl der Arbeitnehmer wird mittels der Zentralen Datenbank der Sozialen Sicherheit, zum einen am Ende des Quartals, das dem Beginn der Konvention vorhergeht, und zum anderen am Ende des Quartals in dem die Konvention ausläuft, überprüft.

§ 3 - Bei Nichteinhaltung der, gemäß § 1, festgelegten Bestimmungen wird dem Unternehmen die Ausbildungsbeihilfe im Verhältnis zum Proporz, der dem tatsächlichen Personalbestand entspricht, gekürzt, und die Ausbildungsbeihilfen, auf die das Unternehmen kein Anrecht hat, werden zurückgefordert.

§ 4 - Bei Verlagerung des Betriebsitzes außerhalb des deutschen Sprachgebietes während der Laufzeit der Konvention, werden die bezuschussten Ausbildungsstunden proportional zu den Ansiedlungszeiten während der Laufzeit der Konvention an den jeweiligen Standorten berechnet.

§ 5 - Der Minister kann auf Vorschlag des Arbeitsamtes Abweichungen zu den in den §§ 1 bis 4 festgelegten Verfügungen erteilen, wenn:

1. das Unternehmen einen vom Föderalen Arbeitsminister genehmigten Umstrukturierungsplan vorlegen kann;
2. das Arbeitsamt und der Wirtschafts- und Sozialrat ein positives Gutachten erteilen.

§ 6 - Bei Nichteinhaltung der Verpflichtungen des Artikels 11, muss das Unternehmen die Gesamtsumme der bereits gezahlten Beträge zurückzahlen.

Abschnitt 3 — Rolle des Arbeitsamtes

Art. 13 - Im Rahmen des vorliegenden Erlasses befasst sich das Arbeitsamt mit:

1. der Begleitung des Unternehmens bei der Festlegung seines Ausbildungsbedarfs und der Erstellung eines Ausbildungsplans, unter Berücksichtigung der Chancengleichheit beim Zugang zur Ausbildung;
2. der Begleitung der Arbeitnehmer, auf ihren Wunsch hin, bei der Verwaltung ihrer persönlichen Kompetenzen;
3. der Förderung, der Durchführung und der Koordination der im vorliegenden Erlass festgelegten Verfügungen;
4. der Erstellung eines Jahresberichtes.

Abschnitt 4 — Antragsverfahren

Art. 14 - § 1 - Das Unternehmen reicht vor Beginn der Ausbildungen beim Arbeitsamt, per Schreiben oder auf elektronischem Wege, seinen Grundantrag ein.

Das Arbeitsamt nimmt den Antrag entgegen und bestätigt den Empfang innerhalb von 10 Tagen.

Das Arbeitsamt fügt der Empfangsbestätigung eine auszufüllende Akte sowie eine Erläuterungsbroschüre zum Ausfüllen der Akte bei. Das Modell der Akte wird vom Minister gutgeheißen.

§ 2 - Die Akte umfasst mindestens folgende Elemente:

1. Die administrativen Angaben zum Unternehmen:

a) die Beschreibung des Unternehmens (legale Bezeichnung, Gesellschaftsform, Adresse des Betriebssitzes und des Sozialsitzes);

b) die Identifikation des Unternehmens beim Landesamt für Soziale Sicherheit, beim Mehrwertsteueramt, in der Unternehmensdatenbank, als auch die Bankverbindung;

c) die Betriebstätigkeit, ausgedrückt durch den NACE-Kode;

d) die Umsatz- und Bilanzzahlen des letzten Geschäftsjahres, sowie eine Schätzung der Umsatzzahlen des laufenden Jahres;

e) die für die Bearbeitung der Akte zuständige Kontaktperson im Unternehmen mit ihrer E-Mail-Adresse;

2. eine ehrenwörtliche Erklärung, die besagt, dass das Unternehmen die De-minimis'-Regelung der EU-Verordnung Nr. 1998/2006 der Kommission vom 15. Dezember 2006 in Bezug auf die bezuschussbaren Kosten einhält;

3. eine ehrenwörtliche Erklärung, die besagt, dass keine der Ausbildungen, die Gegenstand einer Bezuschussungsanfrage sind, gesetzlich vorgeschrieben sind;

4. die Angaben zu den Ausbildungsträgern und die Begründung der Wahl der Ausbildungsträger;

5. die Begründung zur Durchführung der Ausbildungsmaßnahme sowie der Wahl der Ausbilder;

6. den Ausbildungsplan, sowie das, gemäß Artikel 9, ausgestellte Gutachten.

§ 3 - Der Akte werden ebenfalls Modelle des Ausbildungsregisters, sowie der Teilnahmebescheinigung beigelegt, die durch das Arbeitsamt erstellt werden.

Art. 15 - § 1 - Das Unternehmen übermittelt dem Arbeitsamt, per Schreiben oder auf elektronischem Wege, innerhalb einer Frist von zwei Monaten, ab Datum der Empfangsbestätigung, die komplette Akte. Eine Überschreitung dieser Frist führt zur Unzulässigkeit des Antrags.

Das Arbeitsamt bestätigt den Empfang der Akte innerhalb von 10 Tagen und legt mit dem Unternehmen einen Termin im Unternehmen zwecks Besprechung der Akte fest.

Bei dem Betriebsbesuch werden alle noch offenen Fragen und fehlenden Informationen besprochen und die Akte fertig gestellt.

§ 2 - Innerhalb einer Frist von 30 Tagen nach Erhalt der kompletten Akte beschließt das Arbeitsamt ob es eine Ausbildungsbeihilfe gewährt oder nicht. Bei positivem Beschluss, bittet das Arbeitsamt den Minister um seine Billigung auf Gewährung der Ausbildungsbeihilfe. Dem Gesuch an den Minister sind der Beschluss des Arbeitsamtes, dessen budgetäre Auswirkungen, die Zahlungsmodalitäten, sowie die Fristen zum Einreichen der Unterlagen am Ende der Ausbildungsperiode beigelegt.

Der Minister übermittelt seine Entscheidung innerhalb von 15 Tagen nach Anfrage an das Arbeitsamt.

Art. 16 - Die Ausbildungsbeihilfe wird in zwei Phasen ausbezahlt:

1. eine erste Auszahlung in Höhe von 50 % der vorgesehenen Ausbildungsbeihilfe wird nach Unterzeichnung der Konvention getätigt;

2. der Restbetrag wird nach Ablauf der Maßnahme und Überprüfung der Einhaltung der Konvention ausbezahlt.

Abschnitt 5 — Begleitung und Bewertung

Art. 17 - Der laut Artikel 13, Nr.4 zu erstellende Jahresbericht ist bis spätestens zum 1. März dem Minister und dem Wirtschafts- und Sozialrat zu übermitteln und umfasst folgende Elemente:

1. die qualitativen und quantitativen Daten bezüglich der Arbeitnehmer, nach Geschlecht, Alter, Arbeitsverhältnis und Wohnort.

2. die qualitativen und quantitativen Daten bezüglich der Unternehmen, nach Größe, Betriebssitz, Aktivitätssektor sowie allen sonstigen wichtigen Informationen bezüglich der praktischen Ausbildung;

3. die qualitativen und quantitativen Daten bezüglich der durchgeführten Ausbildungen und der von den Unternehmen gewählten externen Ausbilder, nach Art der Ausbildung, Ort der Ausbildung und Dauer der Ausbildung;

4. eine Bewertung, die eine Zufriedenheitsanalyse beinhaltet.

Art. 18 - Das Arbeitsamt entwickelt eine quartalsmäßige Übersichtstabelle über die gewährten und ausgezahlten Ausbildungsbeihilfen, die dem Minister und dem Wirtschafts- und Sozialrat übermittelt wird.

Art. 19 - Der Wirtschafts- und Sozialrat ist mit der Bewertung der Auswirkungen des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Diese Bewertung beinhaltet eine jährliche Beurteilung über die durchgeführten Ausbildungen und deren Wirksamkeit. Sie muss der Regierung bis spätestens zum 30. April übermittelt werden.

Art. 20 - Spätestens zehn Tage nach Inkrafttreten des vorliegenden Erlasses übermittelt das Arbeitsamt dem Minister eine Kurzbeschreibung der Ausbildungsbeihilfe, gemäß Artikel 7 der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001, in Form der Anlage II der vorerwähnten Verordnung.

Art. 21 - In Anwendung des Artikels 7, Nr. 3, der EG-Verordnung Nr. 68/2001 der Kommission vom 12. Januar 2001 übermittelt die Regierung der EG-Kommission einen Bericht in Form der Anlage III über die Anwendung der vorerwähnten Verordnung.

KAPITEL IV — *Übergangs- und Schlussbestimmungen*

Art. 22 - Die Fristen im vorliegenden Erlass sind volle Tage. Die Frist beginnt am Tag nach der Handlung. Der Tag an dem eine Frist abläuft, wird in der Frist mit eingerechnet. Fällt dieser Tag jedoch auf einen Samstag, einen Sonntag oder einen Feiertag, wird er auf den nachfolgenden Arbeitstag verlegt.

Als Feiertag im Sinne des vorliegenden Erlasses gelten: der erste Januar, Altweiberdonnerstag, Rosenmontag, Ostermontag, der erste Mai, Christi Himmelfahrt, Pfingstmontag, der 21. Juli, der 15. August, der erste, zweite, 11. und 15. November, der 25. und 26. Dezember sowie per Dekret oder Erlass der Regierung festgelegte Tage.

Art. 23 - Der Erlass der Wallonischen Regierung vom 3. Juni 1993 bezüglich der Ausbildungsbeihilfen bei Gründung, Erweiterung und Umstellung von Unternehmen ist ab dem Datum des Inkrafttretens des vorliegenden Erlasses für das deutsche Sprachgebiet aufgehoben.

Alle vom Minister und Arbeitsamt bereits gewährten Beihilfen, gemäß dem Erlass der Wallonischen Regierung vom 3. Juni 1993, bleiben bis zum Ende der entsprechenden Konvention gültig.

Art. 24 - Im Falle der Nichteinhaltung der gesetzlichen Bestimmungen muss das Arbeitsamt, gemäß der koordinierten Gesetze über die Staatsbuchhaltung, bereits gezahlte Ausbildungsbeihilfen zurückfordern.

Art. 25 - Der vorliegende Erlass tritt am 13. Februari 2008 in Kraft.

Eupen, den 13. Februar 2008

Für die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft:

Der Ministerpräsident,
Minister für lokale Behörden
K.-H. LAMBERTZ

Der Vize-Ministerpräsident,
Minister für Ausbildung und Beschäftigung, Soziales und Tourismus
B. GENTGES

 TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2008 — 1613

[C - 2008/33039]

13 FEVRIER 2008

**Arrêté du Gouvernement relatif aux aides à la formation accordées
pour les travailleurs occupés par les entreprises**

Le Gouvernement de la Communauté germanophone,

Vu le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone, notamment l'article 2, § 1^{er}, 3^o, l'article 2, § 2, et l'article 2, § 5, inséré par le décret-programme du 25 juin 2007;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 3 juin 1993 instaurant des aides à la création, l'extension et la reconversion d'entreprises en favorisant l'embauche et la formation des travailleurs;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances, donné le 7 novembre 2007;

Vu l'accord du Ministre du Budget, donné le 7 novembre 2007;

Vu l'avis du Conseil économique et social, donné le 25 septembre 2007;

Vu l'avis du Conseil d'Etat n° 43.930/2 émis le 8 janvier 2008 en application de l'article 84, § 1^{er}, alinéa 1^{er}, 1^o, des lois coordonnées sur le Conseil d'Etat;

Vu le règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides à la formation;

Sur la proposition du Vice-Ministre-Président, Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme;

Après délibération,

Arrête :

CHAPITRE I^{er}. — *Définitions*

Article 1^{er}. Pour l'application du présent arrêté, il y a lieu d'entendre par :

1° décret : le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

2° Gouvernement : le Gouvernement de la Communauté germanophone;

3° Ministre : le Ministre de l'Emploi;

4° administration : la division du Ministère compétente en matière d'Emploi;

5° Office de l'emploi : l'Office de l'emploi de la Communauté germanophone, tel que créé par le décret du 17 janvier 2000 portant création d'un Office de l'emploi en Communauté germanophone;

6° Conseil économique et social : le Conseil économique et social de la Communauté germanophone, tel que créé par le décret du 26 juin 2000 portant création d'un Conseil économique et social de la Communauté germanophone;

7° entreprise : toute personne physique ou morale qui, indépendamment de sa forme juridique, exerce une activité économique;

8° petites et moyennes entreprises (P.M.E.) : les petites et moyennes entreprises définies conformément aux articles 1^{er} et suivants de l'annexe I au règlement (CE) n° 70/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides d'Etat en faveur des petites et moyennes entreprises;

9° grandes entreprises : les entreprises ne répondant pas à la définition figurant à l'annexe I^{re} du règlement (CE) n° 70/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides d'Etat en faveur des petites et moyennes entreprises;

10° travailleurs : les travailleurs occupés dans les liens d'un contrat de travail dans l'ensemble des implantations de l'entreprise, l'effectif global de l'entreprise lors de la clôture du dernier exercice comptable conformément aux articles 4 à 6 de l'annexe I du règlement (CE) n° 70/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides d'Etat en faveur des petites et moyennes entreprises;

11° siège d'exploitation : lieu disposant en permanence de travailleurs et où se déroulent des activités récurrentes en rapport avec l'objet social et le secteur d'activités de l'entreprise.

CHAPITRE II. — Mesures de formation pour les travailleurs occupés par les entreprises

Art. 2. Les mesures de formation suivantes, qui répondent aux conditions de l'article 2, *d*) et *e*), du règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001, tombent sous l'application du présent arrêté :

- les formations générales dont le contenu n'est pas uniquement ou principalement applicable au poste de travail actuel ou futur du travailleur dans l'entreprise bénéficiaire, mais qui procurent aux travailleurs des qualifications transférables à d'autres entreprises ou d'autres domaines de travail, ce qui améliore substantiellement leurs possibilités de placement;
- les formations spécifiques dont le contenu est directement applicable au poste de travail actuel ou futur du travailleur dans l'entreprise bénéficiaire et qui procurent aux travailleurs des qualifications qui ne sont pas transférables à d'autres entreprises ou d'autres domaines de travail ou ne le sont que dans une mesure limitée.

Les formations concernant l'introduction de systèmes de management ne sont retenues qu'une seule fois par entreprise, d'éventuelles adaptations et évolutions du système concerné n'étant pas prises en considération.

CHAPITRE III — Aides à la formation pour les travailleurs occupés par les entreprises

Section 1^{re}. — Conditions d'admission

Art. 3. Dans le respect du présent arrêté et dans les limites des crédits spécifiques fixés annuellement dans son budget, l'Office de l'emploi peut, conformément au règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001 concernant l'application des articles 87 et 88 du traité CE aux aides à la formation, accorder à une entreprise une aide afin de couvrir une partie des frais de formation engagés par l'entreprise concernée pour les travailleurs qu'elle occupe.

Art. 4. § 1^{er}. Les aides à la formation sont accordées exclusivement aux entreprises ayant leur siège d'exploitation sur le territoire de la Communauté germanophone. Les associations sans but lucratif, les fondations et les institutions publiques ne peuvent bénéficier des aides à la formation.

§ 2 - Le Ministre peut exclure du bénéfice des aides à la formation des entreprises relevant de certains secteurs ou de certaines branches économiques. Cette décision doit alors être fondée sur l'évaluation annuelle fixée à l'article 19, alinéa 2.

Art. 5. Cette aide à la formation consiste en l'octroi d'un montant forfaitaire par heure de formation suivie par un travailleur.

Art. 6. § 1^{er}. Dans le respect des conditions fixées à l'article 3, l'Office de l'emploi peut accorder à une entreprise des aides à la formation d'un montant de :

- 1° neuf euros par heure de formation et par travailleur, s'il s'agit d'une petite ou moyenne entreprise (P.M.E.);
- 2° six euros par heure de formation et par travailleur, s'il s'agit d'une grande entreprise.

§ 2. Les aides à la formation mentionnées au § 1^{er} peuvent être portées à dix resp. sept euros si le siège d'exploitation où est occupé le travailleur est situé dans une région visée à l'article 87, 3°, *a*) et *c*) du traité CE.

§ 3. A dater de la décision prise par l'Office de l'emploi, l'aide à la formation est limitée à :

- 1° 15.000 euros par petite et moyenne entreprise (P.M.E.) et par an;
- 2° 20.000 euros par grande entreprise et par an.

§ 4. L'aide à la formation est octroyée pour une durée de formation moyenne de cent cinquante heures par travailleur formé et par convention conclue conformément à l'article 10.

Art. 7. § 1^{er}. En ce qui concerne les travailleurs qui, au terme de la formation, concluent avec l'entreprise un contrat de travail à durée indéterminée l'aide servira à couvrir une partie des coûts liés aux mesures visées à l'article 2.

Les coûts admissibles pouvant être couverts par l'aide à la formation sont définis à l'article 4, 7°, du règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001.

§ 2. L'aide à la formation peut être cumulée avec une autre aide publique et sectorielle se rapportant à la même formation, à condition que la somme totale des aides octroyées ne dépasse pas les salaires horaires effectifs. Les soutiens financiers et aides accordés dans le cadre de dispositions légales et réglementaires adoptées par la Communauté germanophone ne sont pas cumulables avec les aides en faveur de mesures de formation.

§ 3. Les demandes de subsides pour des formations générales ne peuvent être « retenues » que si au moins six personnes sont concernées par la formation.

§ 4. Les formations prescrites par la loi sont exclues du bénéfice de l'aide à la formation visée à l'article 6.

Art. 8. Les travailleurs visés à l'article 7, § 1^{er}, doivent avoir leur résidence principale dans un pays de l'Union européenne en ne plus être soumis à l'obligation scolaire.

Art. 9. La formation visée à l'article 7, § 1^{er}, peut être dispensée soit par un formateur externe, soit par l'entreprise elle-même. Dans les deux cas, un plan de formation dont le modèle est fixé par l'Office de l'emploi est requis.

Le plan de formation est soumis à l'avis :

- 1° du conseil d'entreprise ou
- 2° à défaut, du comité de prévention et de protection au travail ou
- 3° à défaut, de l'organisation représentative des travailleurs.

Si l'entreprise ne compte aucun des organes précités, l'Office de l'emploi peut statuer directement sur la demande. Dans ce cas, la demande ne peut être retenue que si l'absence des organes précités n'est pas imputable à un non-respect des obligations légales et réglementaires par l'employeur quant à la représentation des travailleurs au sein de l'entreprise.

Art. 10. § 1^{er}. L'aide de formation est octroyée sur la base d'une convention conclue entre l'Office de l'emploi et l'entreprise.

Le modèle de la convention est approuvé par le Ministre sur proposition de l'Office de l'emploi.

§ 2. La convention détermine la durée de formation des travailleurs. Elle est de 18 mois maximum et commence au plus tôt le jour de l'expédition de la demande initiale.

Section 2 — Obligations de l'entreprise

Art. 11. L'entreprise bénéficiaire s'engage :

1° à tenir un registre de formation reprenant les présences des travailleurs en formation et la durée de leurs formations respectives. Au terme de la formation, l'Office de l'emploi peut interroger les participants sur le déroulement de la formation. En utilisant un formulaire proposé par l'Office de l'emploi, l'entreprise lui confirme la participation à la mesure de formation continue selon les modules fixés dans la convention.

2° à présenter au contreseing de l'Office de l'emploi les certificats de fréquentation individuels des travailleurs formés conformément à la convention conclue entre l'Office et l'entreprise.

3° de se soumettre à des contrôles intermédiaires effectués par l'Office de l'emploi portant sur le déroulement des formations et les missions de formation;

4° d'informer à temps l'Office de l'emploi de la fin de toutes les formations concernées en vue d'un contrôle final.

Art. 12. § 1^{er}. L'entreprise bénéficiaire s'engage à maintenir au moins 80 % de son effectif global en région de langue allemande pendant la durée de la convention.

§ 2. Par effectif global, on entend le nombre de travailleurs inscrits à l'Office national de Sécurité sociale, exprimé en équivalents temps plein.

Le nombre de travailleurs est contrôlé via la Banque-carrefour de la sécurité sociale, à la fin du trimestre précédant le début de la convention et à la fin du trimestre au cours duquel expire la convention.

§ 3. En cas de non-respect des dispositions fixées conformément au § 1^{er}, l'aide à la formation accordée à l'entreprise est réduite proportionnellement à l'effectif réel et les aides à la formation auxquelles n'a pas droit l'entreprise sont récupérées.

§ 4. En cas de transfert du siège d'exploitation en dehors de la région de langue allemande en cours de convention, les heures de formation subventionnées sont calculées pour chaque lieu d'implantation proportionnellement à sa durée.

§ 5. Sur proposition de l'Office de l'emploi, le Ministre peut accorder des dérogations aux prescriptions fixées aux §§ 1^{er} à 4, si :

1° l'entreprise peut produire un plan de restructuration approuvé par le Ministre fédéral du Travail;

2° l'Office de l'emploi et le Conseil économique et social émettent un avis positif.

§ 6. Si elle ne respecte pas les obligations prévues par l'article 11, l'entreprise devra rembourser la somme totale des montant déjà perçus.

Section 3. — Rôle de l'Office de l'emploi

Art. 13. Dans le cadre du présent arrêté, l'Office de l'emploi se charge :

1° d'accompagner l'entreprise lors de l'évaluation de ses besoins en formation et de l'établissement d'un plan de formation, dans le respect de l'égalité des chances au niveau de l'accès à la formation;

2° d'accompagner, à leur demande, les travailleurs dans la gestion de leurs compétences personnelles;

3° de soutenir, d'exécuter et de coordonner les prescriptions fixées dans le présent arrêté;

4° d'établir un rapport annuel.

Section 4. — Procédure de demande

Art. 14. § 1^{er}. L'entreprise introduit sa demande initiale auprès de l'Office de l'emploi avant le début des formations, par écrit ou par voie électronique.

L'Office de l'emploi accuse réception de la demande dans les dix jours.

L'Office de l'emploi joint à l'accusé de réception un dossier à remplir et une brochure explicative. Le modèle de ce dossier est approuvé par le Ministre.

§ 2. Le dossier comprend au moins les éléments suivants :

1° les données administratives relatives à l'entreprise :

a) la description de l'entreprise (dénomination légale, type de société, adresse du siège d'exploitation et siège social);

b) l'identification de l'entreprise auprès de l'Office national de Sécurité sociale, de l'office de contrôle de la T.V.A. et dans la Banque-carrefour des entreprises, ainsi que son adresse bancaire);

c) les activités économiques, exprimées par le code NACE;

d) le chiffre d'affaires et de bilan du dernier exercice, ainsi qu'une estimation du chiffre d'affaires pour l'année en cours;

e) le correspondant au sein de l'entreprise ainsi que son adresse email.

2° une déclaration sur l'honneur que l'entreprise respecte la réglementation Ade-minimis@ du règlement (CE) n° 1998/2006 de la Commission du 15 décembre 2006 relatif aux aides de minimis;

3° une déclaration sur l'honneur qu'aucune des formations faisant l'objet d'une demande de subventionnement n'est prescrite par la loi;

4° les données relatives aux opérateurs de formation et la raison pour laquelle ils ont été choisis;

5° la justification de la formation et du choix des formateurs;

6° le plan de formation et l'avis dont question à l'article 9.

§ 3. Sont également joints au dossier des modèles du registre des formations et du certificat de fréquentation établis par l'Office de l'emploi.

Art. 15. § 1^{er}. L'entreprise transmet à L'Office de l'emploi, par écrit ou par voie électronique, le dossier complet dans les deux mois de son accusé de réception. Tout dépassement de délai rend la demande irrecevable.

L'Office de l'emploi accuse réception du dossier dans les 10 jours et fixe une date avec l'entreprise afin d'en discuter dans l'entreprise.

Lors de cette visite, toutes les questions en suspens et informations manquantes seront discutées et le dossier sera clôturé.

§ 2. Dans les trente jours de la réception du dossier complet, l'Office de l'emploi décidera d'accorder ou non une aide à la formation. Dans l'affirmative, l'Office sollicite l'approbation du Ministre. La requête faite au Ministre est accompagnée de la décision de l'Office de l'emploi mentionnant ses répercussions financières, les modalités de versement ainsi que les délais d'introduction des documents au terme de la formation.

Le Ministre communique sa décision dans les quinze jours suivant la demande introduite auprès de l'Office de l'emploi.

Art. 16. L'aide à la formation est liquidée en 2 phases :

- 1° un premier versement s'élevant à 50 % de l'intervention prévue est effectué après signature de la convention;
- 2° le solde est liquidé au terme de la formation, après vérification du respect de la convention.

Section 5. — Accompagnement et évaluation

Art. 17. Le rapport annuel établi en vertu de l'article 13, 4°, doit être transmis au Ministre et au Conseil économique et social pour le 1^{er} mars au plus tard et comprendre les éléments suivants :

- 1° les données qualitatives et quantitatives concernant les travailleurs, d'après le sexe, l'âge, le contrat de travail et le domicile;
- 2° les données qualitatives et quantitatives concernant l'entreprise, d'après la taille, le siège d'exploitation, le secteur d'activités, ainsi que toute information importante ayant trait à la formation pratique;
- 3° les données qualitatives et quantitatives concernant les formations organisées et les formateurs externes choisis par l'entreprise, d'après le type, le lieu et la durée de la formation;
- 4° une évaluation comprenant une analyse de satisfaction.

Art. 18. L'Office de l'emploi conçoit un tableau récapitulatif reprenant les aides à la formation accordées et liquidées, tableau qui sera transmis au Ministre et au Conseil économique et social.

Art. 19. Le Conseil économique et social est chargé d'évaluer l'impact du présent arrêté.

Pour ce, le conseil procède à une évaluation annuelle des formations organisées et de leur efficacité. Celle-ci sera communiquée au Gouvernement pour le 30 avril au plus tard.

Art. 20. Au plus tard dix jours après l'entrée en vigueur du présent arrêté, l'Office de l'emploi transmet au Ministre une brève description de l'aide à la formation, conformément à l'article 7 du règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001, sous la forme prévue à son annexe II.

Art. 21. En application de l'article 7, 3°, du règlement (CE) n° 68/2001 de la Commission du 12 janvier 2001, le Gouvernement communique à la Commission européenne un rapport relatif à l'application du règlement précité, sous la forme prévue à son annexe III.

CHAPITRE IV. — Dispositions transitoires et finales

Art. 22. Les délais prévus par le présent arrêté sont des jours francs. Le délai court à partir du lendemain du jour de l'acte. Le jour d'échéance est compris dans le délai. Toutefois, lorsque ce jour est un samedi, un dimanche ou un jour férié, le jour de l'échéance est reporté au jour ouvrable suivant.

Sont considérés comme jours fériés au sens du présent arrêté : le nouvel an, le « Altweiberdonnerstag » (« jeudi des vieilles femmes »), le Rosenmontag (lundi des Roses), le lundi de Pâques, le 1^{er} mai, l'Ascension, le lundi de Pentecôte, le 21 juillet, le 15 août, les 1^{er}, 2, 11 et 15 novembre, les 25 et 26 décembre ainsi que les jours déterminés par décret ou par arrêté du Gouvernement.

Art. 23. L'arrêté du Gouvernement wallon du 3 juin 1993 instaurant des aides à la création, l'extension et la reconversion d'entreprises en favorisant l'embauche et la formation des travailleurs est abrogé pour ce qui concerne la région de langue allemande à partir de la date d'entrée en vigueur du présent arrêté.

Toutes les aides déjà octroyées par le Ministre et l'Office de l'emploi conformément à l'arrêté du Gouvernement wallon du 3 juin 1993 restent valables jusqu'à la fin de la convention concernée.

Art. 24. En cas de non-respect des dispositions légales, l'Office de l'emploi devra récupérer les aides à la formation déjà versées, conformément aux lois coordonnées sur la comptabilité de l'Etat.

Art. 25. Le présent arrêté entre en vigueur le 13 février 2008.

Eupen, le 13 février 2008.

Pour le Gouvernement de la Communauté germanophone :

Le Ministre-Président,
Ministre des Pouvoirs locaux,
K.-H. LAMBERTZ

Le Vice-Ministre-Président,
Le Ministre de la Formation et de l'Emploi, des Affaires sociales et du Tourisme,
B. GENTGES